

Eine Schippe mehr bei der Grundsteuer

Erhöhung wurde in der Entschuldungsvereinbarung verankert / Ratsmehrheit weist Steuer-Ideen der AfD zurück

Von Kai Koppe

CUXHAVEN. Kritik an den Vorschlägen zur kommunalen Steuerpolitik hatte die AfD bereits in der November-Sitzung geübt. Als der Rat am Donnerstag über die Realsteuer-Hebesätze beschließen wollte, legte Fraktionschef Anton Grunert neuerlich Protest ein.

Er wandte sich gegen eine Anhebung der Grundsteuer B, weil es dabei um Abgaben gehe, „die in der Regel auch auf die Miete umgelegt werden“.

Nach den Worten der AfD werden damit „sozial Schwächste“ auf überproportionale Weise belastet. Grunert fände es gerechter, wenn die Stadt bei der Zweitwohnungssteuer aufsatteln und sich zudem Anteile an der in die Lan-

deskasse fließenden Grunderwerbssteuer sichern würde.

Dass überhaupt an der Steuer-schraube gedreht werden muss, hängt mit der mit dem Land Niedersachsen getroffenen Entschuldungsvereinbarung zusammen: Eine Finanzspritze in Höhe von 187,5 Millionen Euro hat die nach wie vor in den roten Zahlen steckende Stadt Cuxhaven bekanntlich vor kurzem erhalten und sich im Gegenzug dazu verpflichtet, die kommunalen Einnahmesituation zu verbessern.

„Kein leichter Weg“

Das zulasten des Gebührenzahlers gehende Maßnahmenpaket zu verabschieden, sei „kein leichter Weg gewesen“, versuchte Grünen-Fraktionsvorsitzender Bernd Jothe dem AfD-Vertreter deutlich

zu machen. Zur Erfüllung der sogenannten Stabilisierungsvereinbarung gehöre aber nun auch mal „dieser Beschluss“, der vorsieht, die Grundsteuer B ab 2017 von derzeit 455 auf 505 Zähler zu erhöhen.

Bei der Höhe der Realsteuer sei Cuxhaven mitnichten ein einsamer Spitzenreiter, gab Oberbürgermeister Ulrich Getsch zu verstehen und nannte vergleichbare Städte wie Hildesheim oder Hameln. „Wir liegen genau in diesem Feld.“ Lediglich in Lingen würden die Steuerzahler weniger zur Kasse gebeten: „Wenn man ein Atomkraftwerk hat, kann man sich das leisten...“

Dass die schließlich bei drei Gegenstimmen beschlossene Steuersatzung „vertretbar“ (Getsch) sei, stellte am Donners-

tag nicht nur die AfD, sondern auch die Bürgerfraktion „Die Cuxhavener“ infrage. „Trotzdem wird meine Fraktion dieser Erhöhung zustimmen, weil das unserer schönen Stadt Cuxhaven dient“, betonte Rüdiger Kurmann. Außerdem sei dies als Beitrag aller Bürger zur deutlichen Minderung der Schulden anzusehen. Wenn Cuxhaven allerdings im Zuge einer landesweiten Hebesatzanpassung gezwungen werde, abermals nachzulegen, fände er „jede Menge Bürger, die bereit sind zu klagen“, warnte Kurmann.

Auf die Zweitwohnungssteuer-Idee der AfD zurückkommend erinnerte SPD-Ratsfraktionsvorsitzender Gunnar Wegener an Erhöhungen, die es hier in der vergangenen Ratsperiode gegeben hat und spielte dabei auch darauf

an, dass dem Steuerhunger gegenüber Zweitwohneigentümern gewisse Grenzen gesetzt sind.

Doch selbst wenn man hier zulangt würde (und darüber hinaus auch auf die Grunderwerbssteuer zugreife), so würde sich, rechnete Wegener vor, „durch diese bescheidenen Erträge“ nie und nimmer die im Haushalt klaffende Lücke füllen lassen.

„Herr Grunert weiß das“, unterstellte der SPD-Politiker und erneuerte seinen Vorwurf, dass die AfD Wähler verführen wolle, indem sie sich ein „soziales Mäntelchen“ umhänge. Echte Sozialpolitik, sagte Wegener, sei es, „wenn wir als Stadt die Handlungsfähigkeit erreichen, um in Schulen und Kitas zu investieren! Alles andere ist ein Strohfeuer.“